DER TAGESSPIEGEL

POTSDAMER NEUESTE NACHRICHTEN

Die Potsdamerin **Antje Rávik Strubel** ist nominiert für den Deutschen Buchpreis. Ein Gespräch – *Seite 19*

Trümmerlandschaft und Wiederaufbau: Wie Potsdamer im **Ahrtal** helfen – *Seite 8*

Rudelbildung: In der Döberitzer Heide haben sich **Wölfe** angesiedelt – *Seite 10*

POTSDAM, MONTAG, 18. OKTOBER 2021 | WWW.PNN.DE | 71. JAHRGANG / NR. 245 / 2,00 €

In Bewegung

Nicht erst seit der Corona-Pandemie verändert sich Potsdams Arbeitsmarkt. Die Statistik zeigt, in welchen Branchen die Potsdamer arbeiten, wohin sie pendeln, wo es Zuwachs gibt und wo sich Mangel anbahnt – *Seite 7*

Foto: Ottmar Winter

BER weitgehend ohne Probleme

Schönefeld - Eine Wiederholung des jüngsten Abfertigungschaos am Flughafen Berlin Brandenburg (BER) ist am Wochenende weitgehend ausgeblieben. Es habe Spitzenzeiten gegeben, bei denen es wieder zu Schlangen vor der Abfertigung gekommen sei, sagte ein Flughafensprecher am Samstag. Am Sonntag war dann von einem normalen Ablauf in den Herbstferien die Rede. Viele Menschen seien in klassische Urlaubsländer gereist. Der Betrieb lief demnach an beiden Tagen weitgehend normal. Am Samstag waren rund 52 000 Fluggäste erwartet worden, am Sonntag sollten es 66 000 sein, am Freitag stand die Zahl bei 70 000. Generell verzögerten sich die Abfertigungszeiten auch durch die Pandemiebedingungen, hieß es. Am Sonntag hätten die üblichen zwei Stunden vor Abflug wieder gereicht. Am vergangenen Wochenende hatte ein völlig überlasteter BER Fluggäste verärgert und frustriert. Sie mussten teilweise mehr als zwei Stunden auf das Einchecken warten oder verpassten sogar ihre Maschinen. Berlin und Brandenburg forderten die Aufarbeitung der Probleme. *dpa*

Grünes Licht für die Ampel

Parteitag stimmt fast geschlossen für Koalitionsverhandlungen über Bundesregierung mit SPD und FDP

Von Felix Hackenbruch und Georg Ismar

Berlin - Die Grünen haben den Weg frei gemacht für die ersten Verhandlungen über eine Ampel-Koalition auf Bundesebene. Bei einem kleinen Parteitag votierten die Delegierten am Sonntag in Berlin mit großer Mehrheit für Gespräche zur Bildung einer Regierung mit SPD und FDP. Von etwa 70 stimmberechtigten Delegierten stimmten nur zwei mit Nein, es gab eine Enthaltung. Nachdem der SPD-Vorstand bereits einstimmig ebenfalls dafür gestimmt hat, fehlt nur noch die Zustimmung des FDP-Bundesvorstandes, der darüber an diesem Montag befinden will.

Noch in dieser Woche sollen die konkreten Koalitionsverhandlungen beginnen – und im November abgeschlossen werden. Für alle Politikbereiche müssen dann detaillierte Regelungen gefunden werden. SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz strebt eine Koalition an, die nach vier Jahren wiedergewählt werden will.

Allerdings enthalten die schon vereinbarten Grundlagen im Sondierungspapier noch erhebliche Hürden: Vor allem bei der Finanzierung der Milliardeninvestitionen in mehr Klimaschutz, in Industrie, Infrastruktur und Digitalisierung. Und der linke SPD-Flügel kritisiert bereits, dass die FDP sich gegen jegliche Steuererhöhungen für Reiche und damit gegen etwas mehr Umverteilung sperrt.

Grünen-Chef Robert Habeck strich beim Parteitag im Berliner Westhafen die Chancen des Bündnisses heraus: „Wir werden Treiberin großer Transformationsaufgaben sein.“ Es gehe hier um eine „Fortschrittsregierung“. Weil seine Partei zum zweiten Mal Teil einer Bundesregierung werden könne, sei es „tatsächlich so, dass wir gerade ein Stück weit grüne Geschichte schreiben“.

Die SPD muss in dieser Woche bestimmen, wen sie für die konstituierende Sitzung des neuen Bundestags am 26. Oktober als Nachfolger von Wolfgang Schäuble (CDU) als Bundestagspräsidenten nominieren will – das zweithöchste Staatsamt steht ihr als stärkster Kraft im Parlament zu. SPD-Chef Norbert Walter-Borjans brachte dafür Fraktionschef Rolf Mützenich ins Spiel, der seit fast 20 Jahren Mitglied des Bundestags ist. Zu dem Einwand, dass mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, dem möglichen Kanzler Olaf Scholz und Mützenich dann drei SPD-Männer die Staatsspitze bilden würden, sagte Walter-Borjans: „Alle drei sind herausragende Persönlichkeiten, die drei Ämter hängen nicht miteinander zusammen.“ Ob Grüne und FDP dies akzeptieren würden, ist völlig offen.

Bei den Grünen zeichnet sich für die geplante Regierungsbildung ab, dass die beiden Vorsitzenden Annalena Baerbock

SPD favorisiert ihren Fraktionschef Rolf Mützenich als Bundestagspräsidenten

und Robert Habeck Ministerien übernehmen. Während Baerbock immer wieder als mögliche Außenministerin genannt wird, hatte Habeck lange mit dem Finanzministerium als Schlüsselressort geliebäugelt – die Pandemie und die Amtsführung des bisherigen Finanzministers Scholz haben gezeigt, welchen Einfluss man hier hat. Ginge dieses Amt an FDP-Chef Christian Lindner, könnte Habeck – der auch Vizekanzler werden soll – ein Superministerium für Energie- und Klimaschutz beanspruchen. Spekuliert wird aber auch, dass Habeck Interesse am Innenministerium haben könnte. Ein solches haben die Grünen noch in keinem Bundesland geführt und könnten darüber aber gesellschaftspolitische Veränderungen anstreben. Da Habeck und Baerbock beide dem Realo-Flügel ihrer Partei angehören, gilt auch der langjährige Fraktionschef Anton Hofreiter als Kandidat für einen Ministerposten. Denkbar wäre das Verkehrsministerium, das seit 16 Jahren in Händen der CSU war. Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt und Cem Özdemir werden ebenso für das neue Kabinett gehandelt.

Derzeit gibt es 14 Bundesministerien plus das Kanzleramt. Bei drei Partnern könnte die SPD neben dem Kanzleramt nach Einschätzung früherer Verhandler fünf oder sechs Ministerien bekommen, die Grünen fünf, die FDP vier. Noch offen ist, welche neuen Ressortzuschnitte es geben könnte – so gibt es Forderungen nach einem Digitalministerium oder nach einer Zusammenlegung von Auswärtigem Amt und Entwicklungshilfe.

— Seite 2, 9 und Meinungsseite

Europäische Woche

Vereint in der Eskalation

Von Christoph von Marschall

Wie steht's um Europa 18 Monate nach Ausbruch der Pandemie: Hat die EU die Krise als Chance genutzt, oder hat sich ihr Rückstand an realer Handlungsfähigkeit gegenüber China, Russland und den USA verschärft? Heute beginnt eine Woche der Prüfung im Europäischen Parlament (EP). Sie mündet in den Gipfel der Regierungschefs. Hier wie dort zeigt sich neben etwas Licht eine Menge Schatten.

Der Streit um Rechtsstaatlichkeit mit Polen eskaliert. Nun droht das Parlament der Kommission mit einer Klage wegen Untätigkeit. Wenn nicht einmal mehr die beiden an einem Strang ziehen, wo soll das enden? Das erleichtert Polens Premier Mateusz Morawiecki seinen Auftritt am Dienstag im EP. Beim Gipfel wird er ohnehin nicht isoliert sein.

Die Energiepreise steigen rasant. Russland nutzt das, um die rasche Inbetriebnahme der umstrittenen Pipeline Nord Stream 2 zu erzwingen. Die EU hatte sich das anders vorgestellt: Sie wollte Präsident Putin die Bedingungen diktieren. In der Klimapolitik ist Europa zwar der höchste Rückgang an Emissionen gelungen. Es bleibt aber hinter den eigenen Zielen zurück und findet kein Mittel, um den schlimmsten Klimasünder der Welt zur Trendumkehr zu bewegen. China verursacht jetzt 30 Prozent des globalen Ausstoßes und steigert ihn weiter. Das schadet nicht nur Europas Klimainteressen, auch Jobs fallen weg, wenn China seine Waren unter Umgehung der Klimakosten billig in den Weltmarkt drückt.

Parallel flammt der Konflikt um die Migrationspolitik neu auf, nun an der Ostgrenze. Belarus fliegt Migranten ein, um die EU zu destabilisieren. Ihre Zahl ist nicht das Problem. Doch der Streit, wie die EU reagieren soll, vertieft die Risse. Polen will zeigen: Es kann die Außengrenze mit Stacheldraht und Mauer schützen. Brüssel möchte, dass die EU-Truppe Frontex die Kontrolle übernimmt, braucht aber Warschaus Zustimmung.

Im Kern des Streits steht die Frage, was die Handlungsfähigkeit der EU stärker gefährdet: fehlende Eingriffsrechte in den Mitgliedsländern oder ein überzogener Drang, die Konflikte auszukämpfen, was den Willen zu Kompromissen schwächt? Anders gesagt: Tut sich die EU so schwer, ihre internationale Durchsetzungskraft zu stärken, weil sie zu viel Zeit und Energie mit Kompetenzstreit zwischen Brüssel und den Nationalstaaten vergeudet?

Parlament und Kommission argumentieren, ohne ein einheitliches Verständnis vom Rechtsstaat sei der Zusammenhalt bedroht; die EU müsse Polen, Ungarn und andere Sünder zur Räson bringen, mit Urteilen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und dem Entzug von EU-Geld. Da spielt freilich auch ihr Eigeninteresse mit, ihre Macht auszuweiten. Aber dürfen Kommission und EuGH überhaupt Unterordnung verlangen in Bereichen, für die ihnen die Nationalstaaten nicht die Zuständigkeit übertragen haben? Justiz, Migration und Grenzschutz sind nicht vergemeinschaftet.

Polen und Ungarn klagen über Machtanmaßung der EU. Französische Präsidentschaftsbewerber nutzen den Vorwurf ebenfalls im Wahlkampf. Auch das Bundesverfassungsgericht hat einen Hang zu „Ultra Vires“ (Kompetenzübergriffe) kritisiert. Zudem zeigt die Strategie, hart gegen Polen vorzugehen, bisher keinen Erfolg. Immer mehr Mitglieder brechen EU-Regeln. Der Spaltpilz breitet sich aus, statt zu schrumpfen.

Beide Lager, das sollte die Bürger wach rütteln, warnen, die EU könne an diesem Konflikt zerbrechen. Im Parlament meinen vor allem Grüne und die Sozialdemokraten, es drohe der Zerfall der EU, wenn Brüssel sich nicht gegen rechtspopulistische Strömungen durchsetzt. In den nationalen Hauptstädten sehen es viele umgekehrt: EP, Kommission und EuGH spalten die EU mit überzogenen Machtansprüchen. Die Europawoche ist eine letzte Gelegenheit, die Folgen der Eskalation zu bedenken. Im Streit mit sich selbst wird Europa den Wettbewerb der mächtigen Wirtschaftsräume jedenfalls nicht gewinnen.

Vier Fragen an Josef Joffe

Was macht die Welt?

Die USA besuchen, um Nordirland pokern und ins Weltall ziehen

Die USA lassen ab 8. November doppeltgeimpfte EU-Bürger rein. War auch Zeit!

WmdW wollte sich schon einen albanischen Pass besorgen, um wieder die Freiheitsstatue zu besuchen. Noch ist Amerika ein angenehmes Reiseland. Benzin ist halb so teuer wie in D, Busse und U-Bahnen sind leer, die National Gallery erfordert keine Reservierung. Nur mögen die EUler viel Proviant mitnehmen (Achtung: weder Obst noch Fleisch – seit jeher strikt verboten), sind doch die Lebensmittel doppelt so teuer wie hier. Die EU hat geschlampt, statt Druck auf Biden zu machen. Russen und Chinesen durften rein, die Verbündeten nicht? Jetzt dürfen wir uns wieder auf überfüllte Flughäfen und Flieger freuen. Schon mal am BER üben.

Der große Zapfenstreich für die Afghanistan-Veteranen macht Ärger. Sind Fackeln noch zeitgemäß?

Man könnte sie aus CO_2-Gründen mit LEDs am Stiel ersetzen, aber die Verknüpfung Fackel – Naziaufmarsch ist so hirnrissig wie die Parallele VW – Adolf. Oder Impfung und Totalitarismus. Das Ritual geht aufs 16. Jahrhundert zurück – wie auch der Großphilosoph Leibniz. Das Glockenspiel ist so autoritär wie eine E-Gitarre. Und das demokratische Deutschland so aggressiv wie ein Kuschelkätzchen. Da alles von irgendwo kommt, darf man alles miteinander vergleichen. Nur: Intelligenz kommt von Begreifen und Unterscheiden. Karl Kraus hat die „Fackel“ verlegt. Wollen wir die nun als Nazi-Symbol schreddern?

Ewiger Brexit-Streit: London und Brüssel ringen wieder um die Nordirland-Regeln. Ist das noch Politik oder schon Obsession?

Das ist keine Obsession, sondern ein Dilemma. Wie Nordirland (UK) und Eire (EU) zusammen halten, obwohl eine Zollgrenze sie trennt? Plötzlich hält die EU einen Olivenzweig hin. Sie will 80 Prozent der Grenzkontrollen für Lebensmittel aufheben, die vom Mutterland nach Ulster gelangen – und für die Hälfte der Industriegüter. Nicht genug, grollt London, und Brüssel droht: „Wir richten uns auf das Schlimmste ein.“ Poker-Experte WmdW: Beide Seiten bleiben am Tisch; es geht nicht mehr um das Prinzip, sondern den Preis. Jetzt wird erst einmal erhöht. Hoffentlich fliegt der Bluff auf beiden Seiten nicht auf.

Ein letztes Wort zu Captain Kirk im All...

Wieso „letztes“? Der Schauspieler William Shatner ist mit dem Amazon-Raumschiff gesund los- und zurückgeflogen. Es war bloß nicht so bequem wie in der „Enterprise“. Der Mann ist 90 und sorgte sich zurecht: „Mit meiner Arthritis komme ich bei dem engen Sitz nicht so schnell rein und raus.“ Wir salutieren ihm und sind beglückt. Wenn der es mit 90 schafft, können wir es auch. Anders als in Berlin wäre ein Häuschen auf dem Mond noch bezahlbar – und ohne Mietendeckel.

— Josef Joffe alias WmdW ist Mitherausgeber der „Zeit“. Fragen: ari

INDEX

DIE LETZTE LÖSUNG 3
Wie ein Arzt die Sterbehilfe erlebt und rechtfertigen muss – vor der Justiz und vor sich selbst.

ÄRMEL HOCH FÜR DIE UNI 21
In der Schlange vor dem Impfbus erzählen Studierende, warum sie sich jetzt erst impfen lassen.

GROSSES KINO 18
Bundesligist Hertha BSC hat die Lust am Spielen und Gewinnen noch einmal neu entdeckt.

WETTER 2
14/8 Viele Wolken, aber auch mal für kurze Zeit Sonnenschein. Vereinzelt etwas Regen und nur schwacher Wind aus Süden.

POLITIK & MEINUNG 2–6
POTSDAM 7–8
BRANDENBURG 9
MEDIEN/TV-PROGRAMM 23
WELTSPIEGEL 24

ABONNENTENSERVICE (0331) 2376-100
ANZEIGENSERVICE (0331) 2376-111
REDAKTION (0331) 2376-132

Foto: Andreas Klaer

4 191001 302005 10042

BASF macht Brandenburg zum Batterieland

Berlin - Der größte Chemiekonzern der Welt investiert massiv in das Batteriegeschäft und erwägt dazu weitere Investitionen am Standort Schwarzheide in der Lausitz. „Wir wollen ein großer Spieler werden auf dem Markt für Batteriematerialien und planen für 2030 mit einem Weltmarktanteil von rund zehn Prozent“, sagte BASF-Chef Martin Brudermüller dem Tagesspiegel. „Mit unserem Standort in Schwarzheide werden wir den europäischen Markt bedienen.“

In Schwarzheide baut BASF gerade eine Kathodenfertigung auf zur Versorgung von Batteriezellenherstellern. „Wir denken natürlich auch über nächste Stufen nach“, sagte Brudermüller. Platz sei genügend vorhanden in der Lausitz. „Auch deshalb bauen wir in Schwarzheide eine erste Pilotanlage für das Recycling von Batterien bis 2023. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts steht dann die Entscheidung an über ein großindustrielles Recycling, um vor allem Nickel als Sekundärrohstoff wiederverwerten zu können.“ *alf*

— Seite 13